

Lohndumping bei der Postzustellung ... und den Preis zahlen die Beschäftigten

Anfang des Monats ist das Briefmonopol der Deutschen Post gefallen. Nun dürfen private Zustelldienste wie pin um Kunden buhlen. Niedriges Porto und geringe Lohnkosten sollen dabei helfen. Auf die Ankündigung der Einführung eines Mindestlohns für Postzusteller zum 01.01.2008 reagierte pin mit der Androhung von Massenentlassungen.

Soll ein Arbeitnehmer von seiner Arbeit leben können? Diese Frage müsste sich eigentlich erübrigen. Doch die Realität sah im Dezember 2007 noch anders aus. Mit einem Bruttolohn in Höhe von rund 1.250 € wurden Beschäftigte des Briefzustellers pin abgespeist. Dem Ledigen mit der Lohnsteuerklasse 1 blieben circa 920 € zum Leben.

Zum Leben zu wenig

Dies war einfach zu wenig, beschreibt Janosch Mietle die damalige Einkommenssituation seiner Kollegen. Die Löhne beim Briefzusteller pin seien eindeutig zu gering gewesen. „Ein Stundenlohn von 7,26 € reichte nicht. Wir wollten mehr“, sagt das freigestellte Betriebsratsmitglied, das in Berlin für pin arbeitet. Nicht nur er lief Sturm für einen höheren Lohn.

Der Grund für seine Forderung lag auf der Hand. Trotz Vollzeitbeschäftigung musste in der Regel auf die Unterstützung des Staates zurückgegriffen werden. Ohne sie waren Miete und Lebensunterhalt nicht zu bestreiten. Während der Verdienst bei den Beschäftigten nicht ausreichte, konnte die Arbeitgeberseite Gewinne verbuchen. Die gegensätzliche Situation von Gewinnmaximierung für Unternehmer und Belastung des Sozialstaats kritisierte die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Andrea Kocsis: „Einem Geschäftsmodell, wonach sich Arbeitgeber die Löhne ihrer Beschäftigten auf Kosten der Allgemeinheit aus den Sozialkassen subventionieren lassen, muss ein Riegel vorgeschoben werden“.

Wissenswertes über pin

Die PIN Group AG mit Sitz Leudelange in Luxemburg wurde 2005 von den Verlagen Axel Springer, Holtzbrinck, der WAZ Mediengruppe sowie der Luxemburger Beteiligungsgesellschaft Rosalia gegründet. Heute gehört dem Axel Springer Verlag über 70 % der Gesellschaft.

Kern des Geschäftes ist die Zustellung von Briefen, insbesondere von Behördenpost. Für 2007 rechnet die PIN Group AG mit über 1 Mrd. Sendungen und einem Umsatz von rund 350 Mio. €.

Politik muss handeln

Ein solcher Riegel ist der Mindestlohn für Postzusteller. Seine Einführung hatte die Große Koalition Anfang Dezember 2007 beschlossen und für den 01.01.2008 angekündigt. Pin reagierte prompt mit der Androhung von Massenentlassungen sowie der Prüfung aller Optionen – von der Weiterführung bis zur Beendigung der Geschäftstätigkeit.

Vor allem der Axel Springer Verlag eiferte mit seiner BILD-Zeitung gegen den Mindestlohn. Das Pikante daran: Der Verlag besitzt über 70 % der Geschäftsanteile an pin, dem grünen Postzusteller.

Der wiederum rief seine Beschäftigten zu einer Demonstration gegen den Mindestlohn auf. Janosch Mietle: „Einige Kollegen hatten Angst, dass ihr Zeitvertrag nicht verlängert wird, wenn Sie dem Arbeitgeber nicht folgen. Sie versuchten, einer Konfrontation auszuweichen. Um einen weiteren Arbeitsvertrag zu erhalten, gingen sie zur Demo gegen den Mindestlohn“.

Vorwärts in die Vergangenheit?

Zu kritisieren sind nicht nur die schlechte Vergütung und die Reaktion auf die Einführung eines Mindestlohns. Betriebsräte sind ebenfalls unerwünscht. Sie kriegen bei pin kaum ein Bein auf den Boden. Neben Berlin haben nur die Kollegen in Köln, Kassel, Kiel und Erfurt einen Betriebsrat, berichtet Janosch Mietle.

Schlechte Bezahlung, schlechte Behandlung. Pin erinnert nicht nur an Unternehmen wie Lidl und Schlecker, sondern auch an die vergangenen Tage des Frühkapitalismus. Wenn Arbeitnehmer nicht mehr von Ihrer Hände Arbeit leben können, dann liegt vieles im Argen. ■ (MA)



